

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einchl. Zustellungsgebühr. Unser Kreisband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Ostpreußen, Ungarn und Karamburg 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Ostpreußen, Ungarn, Tscheco-Slowakei, Dänemark, Holland, Karamburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Prisma“ und der Beilage „Erlaubung und Richtigkeiten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Kontakte: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Reklameteile sind 550 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 1,50 M. (wöchentlich zwei fertige Blätter) jedes weitere Wort 1.- M. Streifenanzeigen und Schiffsanzeigen das erste Wort 1.- M. jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnement Seite 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 45, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 11. Juni 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Ankerstr. 3
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Forderungen der bayerischen Arbeiter.

München, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Geschlossenheit und Wucht, mit welcher der Generallstreik und die mit ihm verbundene politische Aktion durchgeführt werden sollte, konnte nicht aufrecht erhalten werden, da sich in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages die drei sozialistischen Parteien nicht auf ein gemeinsames Programm ihrer politischen Forderungen einigen konnten. Infolgedessen zerfielen die mit dem Streik verbundenen Forderungen in drei Gruppen, da die Forderungen der Parteien sich entsprechend ihrer Stellungnahme zum bestehenden Staatswesen in einigen Punkten unterscheiden.

Die SPD. stellt folgende Forderungen auf:
1. Schnellste Durchführung der Reichs- und Landesverfassung sowie der Reichsgesetze, tatkräftiges Eingreifen gegen jede Rechtsverletzung und gegen die Belegung des alten militärischen Geistes in Bayern.

2. Schutz von Leben und Sicherheit aller Staatsbürger.

3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Volksgerichte und der Polizeivollkraft.

4. Nachprüfung der Staats- und Volksgerichtsurteile auf Antrag der Betroffenen.

5. Sicherung und Ausbau der demokratisch-sozialen Republik.

Die USP. fordert: Rücktritt der bayerischen Regierung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Volksgerichte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Die KPD. verlangt neben den anderen Forderungen die Entlassung aller politischen, auch der mit Zuchthaus bestraften Gefangenen.

Auch bürgerliche Organisationen schließen sich der großen Kundgebung an, so ruft der „Republikanische Reichsbund“ zum öffentlichen Bekenntnis zur Republik auf.

Die Versammlung im Ausstellungsparc ist von der Polizeidirektion verboten mit der Begründung, daß Versammlungen unter freiem Himmel bei der gegenwärtigen Erregung der Bevölkerung eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darstellen, um so mehr als die Möglichkeit gegeben sei, daß die erregte Menge ihren Führern ähnlich wie im November 1918 (!!) aus der Hand gleite. Die Versammlung wird deshalb unter Beugnahme auf die Anordnung des Staatskommissars mit dem Verbot verbunden, daß dem Versuch, die Versammlung trotzdem unter freiem Himmel abzuhalten, mit allen verfügbaren Mitteln entgegengetreten wird.

Die Sozialdemokratische Partei erklärt hierzu folgendes:

„Da ohne Not ein Eingreifen mit allen Mitteln angekündigt ist, hält die Reaktion die Gelegenheit für gekommen, nun einen Gewaltstreik in ihrem Sinne weiterzutreiben. Dieser Zweck

soll nicht erreicht werden. Arbeiterblut ist genug geflossen. Wir wollen nicht, daß Männer aus dem wertvollen Volk der Reaktion zum Opfer fallen.“

Eine lädenlose Durchführung des Generallstreiks kann zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Die Frankenthaler Organisationen haben die Fortführung der Betriebe beschloffen. Im übrigen herrscht in München Ruhe und Ordnung.

Die Begründung des Versammlungsverbotes durch die Münchener Polizeidirektion ist nicht geeignet, die außerordentliche Erregung der Arbeiterschaft zu mildern. Die Münchener Polizeidirektion kann es noch heute nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft ihren Führern im November 1918 „aus der Hand glitt“, d. h. mit anderen Worten, daß in Bayern die Republik proklamiert wurde. Die Ausrufung der Republik, die eine Folge, ja ein selbstverständlicher Teil der Novemberrevolution war, wird also von der Münchener Polizeidirektion als strafbare Handlung angesehen! — Die Fortführung der Betriebe in Frankenthal ist wohl daraus zu erklären, daß dieser Ort in der bayerischen Pfalz liegt, also befreites Gebiet ist.

Einer WTB-Nachricht zufolge wurde heute auch in Augsburg von den sozialistischen Parteien der Generallstreik proklamiert, der von heute mittag 11 Uhr bis Montag mitternacht dauern soll. Von dem Mörder des Abgeordneten Gareis hat man bis jetzt noch keine Spur gefunden.

Eine Stimme der bayerischen Volkspartei

Der „Regensburger Anzeiger“ schreibt zur Ermordung Gareis: „Es ist zu hoffen und dringend zu wünschen, daß die bayerische Staatsregierung mit aller Macht gegen die vorgeht, die eine Atmosphäre in Bayern geschaffen haben, unter der derartige Wahnsinnstaten entstehen konnten. Die Deutschösterreichischen und ihre Organe, die offen zur Verleumdung der Reichs- und Staatsgewalt aufrufen, sind die eigentlichen Schuldigen an dem Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht. Die bayerische Staatsregierung hat dem stärksten Druck der Feinde nachgegeben und den festen Willen zur Entwarnung der Einwohnerwehren kundgegeben. Auch bei der Einwohnerwehr ist ausnahmslos dieser gute Wille. Wir fragen aber: Ist es richtig, wenn der bekannte deutschösterreichische Oberst Islander in diesen Tagen bei den Führern des Regierungsblochs erschienen ist mit der Forderung, der Ministerpräsident v. Kahr, der gegen Berlin zu schwach und zu schlapp gewesen sei, müsse gestürzt werden? Wenn es nötig sei, müsse die Diktatur ausgerufen werden. Dafür sei Kahr nicht stark und rücksichtslos genug! Das könnte nur Escherich oder er, Islander, machen.“

Diese Stellungnahme des „Regensburger Anzeigers“ muß deswegen sehr ernst genommen werden, weil er das Sprechorgan der Bayerischen Volkspartei darstellt.

notwendig; Frankreich müsse vollständige Sicherheit erhalten und Deutschland einer übertriebenen Anstrengung entzogen werden. Churchill verlange, daß England an der Bewirkung dieses Programms durch eine französisch-deutsche Annäherung arbeite. Der „Temps“ beschränkt sich auf zwei Bemerkungen zu diesen Ausführungen. Die Frage der Reparationen, schreibt das Blatt, sei nicht nur von den von Churchill hervorgehobenen Gesichtspunkten abhängig sondern auch von den Hilfsquellen, die Deutschland im Orient, Rußland und in Uebersee wiederfinden werde. Was die Sicherheit Frankreichs anbelange, so sei sie größtenteils von der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands abhängig. Sind das, so fragt der „Temps“, nicht zwei Dinge, über die sich die französische und englische Regierung verständigen könnten?

Irland.

Eine Kommission von amerikanischen Abgeordneten, Geistlichen und Gelehrten veröffentlicht das von ihr aus Zeugenaussagen gewonnene Material über das Vorgehen der britischen Truppen in Irland. Nach Deutschland ist von dieser gewiß beachtenswerten Veröffentlichung noch nichts gedrungen, wird aber schon kommen. Die britische Regierung, im Unterhause dazu angefragt, lehnt es ab, das Material zu widerlegen, weil das eine Anerkennung des Rechtes einer privaten Kommission wäre, innere Angelegenheiten eines fremden Staates zu untersuchen; sie hat es darum auch abgelehnt, sich an dieser Untersuchung zu beteiligen. Die Wirkung dieser Erklärung in Amerika dürfte nicht gering sein.

Deutsch-polnische Bahnhofsbenutzung. Bei der endgültigen Festlegung der östpreussisch-polnischen Grenze in der Bahnhof Garnsee Polen zugelassen worden. Nun ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die die gemeinsame deutsch-polnische Benutzung des Bahnhofs Garnsee sicherstellt.

Die Schuldigen.

Die Rechtspresse, die gestern zur Ermordung des Abgeordneten Gareis geschwiegen hat, findet langsam, wenn auch nur stammelnd, die Sprache wieder. Blätter wie die „Kreuzzeitung“, die „Post“ usw. haben freilich auch jetzt noch kein Wort zur Beurteilung der Tat. Die überspitzte Ostrife eines Hufschlags freilich, wo es sich um eine Frage des simpelsten politischen Anstands handelt.

Am allerdümmsten und töpfigsten stellt es natürlich die „Deutsche Zeitung“ an. Sie sucht den Glauben zu erwecken, Gareis sei von — Kommunisten — ermordet worden! Die „Deutsche Zeitung“ hätte sich sagen sollen, daß solche Entschuldigungsversuche im Stile der Ludendorffschen Kriegsberichterstattung doch nur Zweck hatten, als gleichzeitig die Militärsenjur bestand.

„Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ finden jetzt — mit lauerlicher Miene — ein paar theoretische Ausdrücke der Verurteilung. Aber diese schwache Geste wird sofort durch den Grundton ihrer Artikel ausgehöhlet. Wir sehen ganz davon ab, daß die „Tägliche Rundschau“ das Andenken des Ermordeten in widersprüchlicher Weise begeißelt und beschimpft, wir sehen davon ab, daß sie die Ermordung Gareis mit der grundverschiedenen Tat des Armeniers Teilerich in Parallele stellt, — im Kern kommt es beiden Blättern darauf an, Regierung und System Kahr reinzuwaschen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt es für „unverantwortlich“, aus der Tat politische Schlüsse ziehen zu wollen, die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als einen „Fälschertrick“, die Regierung Kahr oder die Organisation Escherich für den Mord verantwortlich zu machen.

Handelt es sich hier wirklich nur um eine Einzeltat, für die keine Partei, kein System eine Verantwortung trägt? Natürlich — das geben wir gern zu —, jeder Partei kann es passieren, daß ein einzelnes Mitglied sich zu Taten hinreißen läßt, an denen die Partei schuldlos ist.

Aber dieser Fall liegt in München nicht vor. Die Ermordung Gareis ist keine Einzeltat, sondern, worauf wir schon gestern hinwiesen, nur das — vorläufig — letzte Glied in einer nicht abbrechenden Kette von Gewalttaten. (Wir vergaßen übrigens in unserer gestrigen Aufzählung den Ueberfall auf den unabhängigen Abgeordneten Dr. Kurt Rosenfeld zu buchen.)

Durch keine Rederei kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß in München eine Atmosphäre der Gewalttätigkeit bestand, zu der extrem rechtsstehende Gruppen unausgeseht schürten und heizten. Keine Rederei schafft die Tatsache aus der Welt, daß die Regierung Kahr dem Treiben dieser Rechtsblockschwestern untätig zusah, daß sie die schwersten öffentlichen Aufforderungen zur Gewalttätigkeit unversorgt und ungehört ließ, wenn sie von rechtsstehender Seite kamen. Und unerschütterlich steht die Tatsache, daß zur Ermordung des Abgeordneten Gareis genaue eine Woche vor der Tat in aller Öffentlichkeit aufgefordert wurde, ohne daß die Regierung Kahr einen Finger rührte. Wir geben nachstehend dieses Schuldokument wieder und überlassen der Regierung Kahr, der Welt mitzuteilen, was sie auf diese öffentliche Mordaufforderung hin veranlaßt hat. In Nr. 126 des „Miesbacher Anzeigers“, der bekanntlich amtliches Verhandlungsblatt der Regierung Kahr ist, lesen wir unter dem 3. Juni 1921 in einem Artikel: „Die neue Revolution“ über die letzte Sitzung der bayerischen Kammer:

Am Schluß der Verhandlungen sagte der Gareis, man zwingt keine Partei, ihre Ziele auf außerparlamentarischem Wege zu erreichen.

Bauern! Da haben wir ja die Drohung, von der wir neulich sprachen, da haben wir ja die Ankündigung einer neuen Revolution. Aber weit entfernt, uns davon zu ängstigen, möchten wir wünschen, daß der Gareis den Versuch macht, außerparlamentarisch sein Ziel zu erreichen.

Denn wie ist's nachher, Oberländer, Chiengauer, Monntaler, Hengauer und ihr andern alle? Schauen wir zu, daß nochmal der rote Fehz durch München getragen wird?

Oder schlagen wir jeden Hund tot, der das arme Vaterland in neues Verderben stürzen will? Halte euch bereit, denn, wenn der Gareis auch bloß mit dem Maul droht, so gibt es doch Befindel genug, das bloß auf ein Signal wartet.

Es ist jetzt an der Zeit, wachsam zu sein.

Das wurde am 3. Juni geschrieben. Am 7. Juni gab uns ein Münchener Korrespondent einen telephonischen Stimmungsbericht aus München, der damals aus Raumangel nicht in unser Blatt gelangte, von dem wir aber jederzeit bemerken können, daß er uns tatsächlich am 7. Juni gedrahtet wurde. In diesem Stimmungsbericht wird darauf hingewiesen, daß der „Miesbacher Anzeiger“ ziemlich unverhohlen zur Ermordung Erhard Kuers aufforderte, den das Blatt für gefährlicher als Eisner (der bekanntlich ermordet wurde) bezeichnet. Wörtlich sagte dann der Bericht unseres Korrespondenten:

Ramdohr freigesprochen!

Leipzig, 11. Juni. (WTB.) Im Prozeß Ramdohr wurde heute mittag das Urteil verurteilt. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt, der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Entente oder Allianz?

London, 11. Juni. (WTB.) „Times“ treten in einem „Entente oder Allianz“ überschriebenen Leitartikel für eine Erneuerung, Entwicklung und Stärkung der Entente zwischen England und Frankreich ein. Das Blatt erklärt, ob die Ausdehnung der Entente durch den Vertrag bewerkstelligt wird oder nicht, sei eine andere Frage, über die die Ansichten natürlich auseinandergehen. In England sei man der Ansicht, daß eine mehr entwidelte und endgültigere Entente für die Allgemeinheit sicher nötig sei. Die französische Regierung und das französische Volk müßten jedoch selbst beschließen, ob sie den allgemeinen Richtlinien des Planes zustimmen oder nicht, indem sie sich stets vor Augen halten, daß weder die Welt noch die Entente stillstehen könnten. Das Blatt erklärt, die Entente könne nicht so bleiben, wie sie ist, sie müsse enger werden oder weniger eng, weniger herzlich und weniger gründlich.

Paris, 11. Juni. (WTB.) „Temps“ schreibt in einem Leitartikel zur gestrigen Rede Churchills, Churchill habe sagen wollen, es sei nicht für England, wenn Frankreich und Deutschland in gutem Einvernehmen lebten. Wenn Frankreich von einem künftigen Angriff Deutschlands bedroht werde, werde es gegen Deutschland zu einer Politik geführt werden, die England nicht billige. Wenn Deutschland gezwungen werde, im Krieg zu arbeiten und bis zum äußersten zu exportieren, um die Reparationen zu bezahlen, würde es keinen Handel derart entwickeln, daß England Gefahr laufe, zugrunde gerichtet zu werden. Deshalb sei zu vermeiden,

Im übrigen erreicht diese Propaganda einen Höhepunkt, daß die Regierung gezwungen sein wird, dagegen Stellung zu nehmen.

So beurteilten einsichtige Leute am 7. die Lage. Die Regierung wahr tat aber nichts, — und am 9. Juni, zwei Tage darauf, war der Abgeordnete Gareis ermordet.

Man darf übrigens nicht denken, daß allein die Attentate auf führende Persönlichkeiten die Atmosphäre der Gewalttätigkeit schufen. Das politische Leben Münchens war unter der Regierung Kahr ganz und gar auf den Standpunkt des Faustrechts herabgesunken. Dieser Zustand wird von der republikanischen Süddeutschen Korrespondenz des Hauptmanns Schützinger folgendermaßen geschildert:

Veranstaltungen „nationalsozialistischer“ Knüttelgardien mit tätlichen Ausschreitungen gegen führende Männer, die auch ihr graues Haar nicht schüen konnte, sind seit einem Jahr an der Tagesordnung. Die Zielscheibe dieser Böbeleien waren bei der Feilheit der Sprengungsarrangements weniger sozialistische Versammlungen, wie die von Vereinigungen ethischer und kultureller Art, der Friedensgesellschaft, der Völkerbundliga, des Vereins Gnosis und des Republikanischen Reichsbundes, solange dieser sich noch nicht in der Arbeiterschaft durchgesetzt hatte.

Kein Versammlungsabend dieser letzteren Vereinigung verging, ohne den Versuch einer Prügelei, Schießerei und eines Handgranatenwurfs zu machen — und das alles unter der Führung und Protektion von Spitzeln und Provokatoren im Solde der Polizeidirektion.

Die Erregung der sich in den Versammlungen des Republikanischen Reichsbundes feindsich gegenüberstehenden Arbeiterschaft und nationalsozialistischen Studentenschaft steigerte sich zum offenen Haß in einem Vortragsabend des pazifistischen Professors Quibde und erreichte ihren Höhepunkt bei dem Referat des Abg. Alwin Saenger am 2. Juni. Von Zeugen wird berichtet, daß an diesem Abend von einem Studenten das Wort gefallen ist: „Der hat seine letzte Rede gehalten!“ Und dann folgte der bekannte Ueberfall auf Saenger in der Barenstraße.

Die Untersuchung gegen den Attentäter auf Saenger hat ergeben, daß der Ueberfall nicht von einem verschworenen Ganakiller auf eigene Faust ausgeführt wurde, sondern von einem wohlorganisierten Trupp führender Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Sie hat weiterhin ergeben, daß für das Arrangement solcher Ueberfälle genaue Abmachungen innerhalb dieser Organisation getroffen sind, daß politisch mißliebige Persönlichkeiten in ihren täglichen Lebensgewohnheiten genau beobachtet werden, um sie gegebenenfalls rasch der „Bundesjustiz“ zuführen zu können.

Die Regierung Kahr hat diesem Treiben nicht nur freundlich zugesehen, sie hat Delins Feuer gegossen, indem sie republikanische Schutzverbote verbot, indem sie periodisch Laternenlichter über geheime kommunistische Verschwörungen veröffentlichte, indem sie den nationalsozialistischen Kadaverjeden jederzeit durch die Finger sah, indem sie ihren Behördenapparat gefälliglich so einstellte, daß er auch keinem einzigen dieser Gesellschaft ein Härchen krümmte. Auf zwanzig, auf hundert Gewaltaufforderungen der Münchener nationalsozialistischen Heppresse hat die Regierung Kahr auch nicht mit einem Wimperzucken reagiert. Noch jetzt meldet kein Staatsanwalt, daß er gegen die Wiesbacher Nordheyer Anklage erhoben habe.

Die Regierung Kahr trägt die volle moralische Verantwortung für die Früchte ihres Systems; sie trägt die moralische Mitschuld an dem Attentat, — und zwar im allerweitesten Maße!

Die Beobachtung, daß sich in München unter der Regierung Kahr eine Atmosphäre des Mordes und der Gewalt gebildet hat, wird auch von bürgerlich demokratischen Organen bestätigt. So schreibt die „Vossische Zeitung“:

Es läßt sich nicht verkennen, daß die radikale Hege, die hier in München auf der rechten Seite hauptsächlich von hochbreiten jungen Menschen getrieben wird, den Gruppen der Rechten ein willkommener Werkzeug gemeldet war. Tatsächlich gibt die Hege der Rechts-

radikalen derjenigen der Linken keinen Her in München nicht im mindesten etwas nach. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die sogenannte „nationalsozialistische“ Bewegung hier über eine Anknüpfung verfügt, die terroristische Mittel anwendet. Die rechtsstehenden nationalsozialistischen Kreise Münchens sind von dem Vorwurf nicht freizusprechen, daß sie diese Elemente nicht von sich abgeschüttelt, sondern als dienstwillige Werkzeuge benutzt haben. Daß auch die hiesige Polizeileitung es bei der Verfolgung der von dieser Seite kommenden Roheitsdelikte an der nötigen Energie hat fehlen lassen, ist ein Vorwurf, der ihr sehr zum Verhängnis werden wird.

Das „B. L.“ veröffentlicht einen Artikel des Vizepräsidenten der Münchener Handelskammer Fränkel, der noch vor dem Attentat auf Gareis geschrieben worden ist und auf die furchtbare konfessionelle Verhegung in München unter der Regide des Polizeipräsidenten Böhrer hinweist. Die antisemitische Hege geht soweit, daß in der Heiligen-Geist-Kirche in München der von Jesus predigende Geistliche durch den Zwischenruf gestört wurde: „Was kann uns der Jesus helfen, nachdem er selbst ein Jude war!“ Ein deutschvölkisches Blatt bezeichnet tagtäglich die Reichsregierung als „jüdische Ausbeuterdynastie“, die Reichstagsmehrheit als „eine Bande parlamentarischer Zuhälter des Buttenhausener Judenstämmings“ usw., ohne daß die in München unter dem Belagerungsstand bestehende Polizeileitung des Herrn Böhrer daran den geringsten Anstoß nimmt!

Es ist bezeichnend, daß wenigstens Berliner demokratische Blätter diese Zustände würdigen, während die bayerischen Demokraten vom Schlage Müller-Reinigen mit Kahr durch dick und dünn gehen.

Deutschnationale Annäherung.

In der „Deutschen Handels-Wacht“, dem in Hamburg erscheinenden Organ des „Deutschnationalen Handlungsgesellschaften-Verbandes“, lesen wir folgendes:

„Seit 16 Jahren beschäftigt von Zeit zu Zeit der Fall des Venezuela-Pflanzers Haß die deutsche Öffentlichkeit. Schon Liebermann von Sonnenberg hat sich im alten Reichstag der Rechte dieses Pflanzers, der durch die Schlappeheit eines deutschen Gesandten seine Pflanzungen verlor, angenommen. Auch die deutsche Nationalversammlung hat sich mit dem Fall Haß beschäftigt, der inzwischen sogar einmal unberechtigterweise in Daildorf interniert war. Aber die Angelegenheit wollte nicht von der Stelle kommen. Anfang dieses Jahres hat dann unser Kollege Walter Lambach durch eine kleine Anfrage im Reichstag eingegriffen. Lambach erhielt Versprechungen auf baldige Erledigung, wie alle seine Vorgänger. Lambach hat sich aber mit diesen Versprechungen nicht zufrieden gegeben, sondern nochmals energisch zugesagt und darauf in der Reichstagsitzung vom 20. April endlich die definitive Zustimmung des Finanzministers zur Auszahlung einer Bergleichssumme von 750 000 Mark an den geschädigten Pflanzler erhalten. Der Wortlaut der Lambachschen Anträge sowie die Antwort der Regierung können im „Deutschen Kaufmann im Auslande“ nachgelesen werden.“

Mit der üblichen Selbstbeweihräucherung wird hier die Sache so dargestellt, als ob der Erfolg in dieser berühmten Irrrenrechtsache ausschließlich dem Abgeordneten Lambach zu verdanken sei. In Wirklichkeit haben ganz andere Leute, vorwiegend sozialdemokratische Abgeordnete, in siebenjähriger ungeheurer Arbeit es dahin gebracht, daß die Nationalversammlung die Notwendigkeit des Schadenersatzes beschloß. Die Deutschnationalen hatten vor diesem Beschluß erklärt, nicht für Schadenersatz zu stimmen und es zur Debatte über den Antrag kommen zu lassen. Bald darauf kam der Kapp-Putsch. Später wagten es die Deutschnationalen nicht mehr, die Opposition zu spielen. Nach dem Herbst 1920 aber hat Herr Lambach „energisch zugesagt“, nämlich sich in das von unseren Abgeordneten und dem Bunde für Irrrenrecht zurechtgemachte warme Bett gelegt. Was er sachlich tat und was seine anderen Helfer unternahmen, ist nicht der Rede wert.

Es war einmal ein Kaiser, der war wegen seiner Weisheit, Bescheidenheit und Schweißigkeit beliebt bei allen Menschen. Da kam der große Krieg und sein Land wurde von den Feinden blockiert und es herrschte große Hungersnot. Da ging der Kaiser ins Ausland, weil er seinen Untertanen die wenigen vorhandenen Lebensmittel nicht wegessen wollte, und ließ ihnen seine reichlich gefüllten Speisekammern zurück. Er besah aber auch große Reichtümer, die ihm kein dankbares Volk gern ins Ausland nachschicken wollte. Aber er nahm nichts davon an, sondern ernährte sich in der Fremde kümmerlich als Holzhacker.

Das Theater am Kreuzweg. Max Reinhardt ist von der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden und hat darauf mit folgendem Dankschreiben geantwortet:

„Lieber hochgeschätzter Ferdinand Gregori! Ich danke Ihnen für die Mitteilung der außerordentlichen Ehre, die mich ebenso sehr erfreut wie überrascht. Zwar wissen Sie aus unseren mehr als 25jährigen Beziehungen, wie gering meine Eignung und Neigung ist, nach außen eine Sache zu repräsentieren, in der ich noch so tief stehe, aber daß die führenden Männer der deutschen Bühne sich offenkundig zu ihr bekennen, betrachte ich als stolzen Preis meines Wirkens. Weiß ich doch, daß ihre Anerkennung im jüngsten Erkennen der wesentlichen anonymen Arbeit mehr als im Erfolg wurzelt und daß diese nicht bloß dekorativ, sondern wirklich lebendig sein muß, um das natürliche Widerstreben Andersgerichteter zu überwinden. Das Theater kann, wie wir wissen, sowohl etwas höchst Wundervolles wie etwas tief Gemeines sein; es steht augenblicklich an einem Kreuzweg und braucht seine Führer mehr denn je.“

Riesenschichte. Aus Schlessien wird uns geschrieben: Die schlessischen Flüsse sind von jeher sehr fischreich gewesen und dieser Vorzug hat sich auch auf die Hochwasseraltsperrren übertragen. Den verhältnismäßig größten Fischbestand scheint die Queisaltsperrre bei Marklissa, die älteste der schlessischen Talsperren, aufzuweisen. Gerade der Queis ist einer der fischreichsten Flüsse Schlessiens; bekannt sind die Queishechte, die sich durch besonders feinen Geschmack auszeichnen. In der Marklissener Talsperre haben sich in den fast zwei Jahrzehnten ihres Bestehens die hechte zu bedeutender Größe entwickelt. Schon wiederholt waren in den stillen Buchten des Sperrfrees, der von waldigen Herbergen umgeben ist, Hechte von 12 und 13 Pfund gefangen worden. Vor kurzem hat nun ein Gadersdorfer Goltwirt mit einem lebenden Barsh einen Hecht von 24 Pfund gefangen. Der riesige Fisch war nur schwer an Land zu bringen und maß fast zwei Meter Länge. Die Talsperrenhechte lauern in eben jenen Buchten auf Beute; man kennt diese Stellen ziemlich genau und weiß, wo die fischreichen Exemplare ihre Jagdgründe haben; aber es ist ihnen nicht so leicht beizukommen. Oft sieht man ihre demostischen Rücken aus den Fluten auftauchen. Der 24-Pfunder von Gadersdorf ist einer der fischreichen Hechte, die in der letzten Zeit in Schlessien gefangen wurden. 1917 fang jedoch ein Fischer in Ostau im Ohleflus einen noch größeren; er wog 27 Pfund.

Zur Nachahmung!

Oberst v. Hartwig von der Schutzpolizei in Halle wurde, der „Halleischen Volksstimme“ zufolge, weil er gegen die ausdrückliche Anordnung des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen Zeitfreiwillige eingestellt hatte, vom Dienst suspendiert. Die Zeitfreiwilligen wurden entlassen. Eine gerichtliche Untersuchung über diese Angelegenheit ist im Gange.

Die „Tägliche Rundschau“ ist über dieses selbstverständliche Vorgehen außerordentlich empört und bedauert, daß das Verfahren nicht lieber gegen diejenigen eröffnet werde, die — das Verbot der freiwilligen Werbung ausgesprochen hätten! Das volksparteiliche Organ ist offenbar über das Verlangen des von uns gestern abend veröffentlichten Geheimtelegramms, Escherich solle gegen den Reichsanzler Wirth Anklage wegen Verfassungsbruch erheben, so entzückt, daß es diese Umkehrung des Spießes nun auch für die kleineren Verbrecher vom Schlage eines Hartwig angewandt sehen möchte.

Königlich — Kaiserlich.

Aus Niederschlesien wird uns geschrieben: In Niederschlesien finden sich heute noch, 2½ Jahre nach dem Sturz königlicher und kaiserlicher Herrlichkeit, allorts direkt promovierende Inschriften. So gliedert sich immer in Wiegeln ein Kaiserliches Telegraphen-Regiment sowie eine Kaiserliche Oberpostdirektion, auch das Schöffengericht und das Landgericht sind noch immer königlich, obwohl man bei letzteren nach Anlegen einer Leiter die überflüssigen Buchstaben nur abzuhängen braucht. In Jauer sowohl als auch in Hagnau gibt es noch immer Kgl. preussische Lotterien. In Jauer ist der Besitzer des konservativen Organs einer der Führer der Deutschen Volkspartei königl. preussischer Lotterien, während in Hagnau der Besitzer einer Bankanstalt dieses Geschäft befragt. Diese Herren, die ihre Gegnerschaft zur heutigen Staatsform auf diese Weise zum Ausdruck bringen, sollte man tatsächlich von der Last befreien, für eine Institution der Republik tätig zu sein. Vielmehr sollte man mit diesen Einnahmerstellen geeignete Kriegsbeschädigte betrauen, die einen solchen Erwerb bedeutend nötiger haben.

Waffen in der Scheune.

Aus Hildesheim meldet uns ein eigener Bericht: Drei Handwerksburschen, die in einer Scheune in der Nähe Hildesheims übernachteten, fanden dort 36 Maschinengewehre, 100 Gewehre und Munitionsmengen. Sie erstatteten bei der Schutzpolizei Anzeige, die darauf Waffen und Munition beschlagnahmte. Der Besitzer der Scheune, ein Großbauer, weh — natürlich — von diesen Waffen nichts!

Sanktionsnot und Kinderelend.

Düsseldorf, 11. Juni. (Ill.) Hier wurde die Beratung großer Fürsorgekörperschaften zur Linderung des deutschen Kinderelends eröffnet. Der Düsseldorfser Regierungspräsident Gröhner führte aus: Eben hat die Düsseldorfser Handelskammer mit aller Schärfe die schädigenden Folgen geschildert, die aus der Fortdauer der Sanktionen im Wirtschaftsleben sich immer mehr bemerkbar machen. Daselbst gilt für die Zukunft unserer Schulkinder. In vielen Gemeinden stößt ja ruht der Schulbesuch, weil die Schulkäse mit Truppen belegt sind. Die Viehweiden, die für die Milchfische bestimmt sind und unseren Kindern Milch verschaffen sollen, werden von den französischen Pferden abgeweidet. Die Schärfe der Einquartierungslasten bringt es mit sich, daß die Wohnungsnot, die zum Teil schon eine erhebliche Ursache für das Elend unserer Schulkinder ist, noch bedeutend erhöht wird.

Japan gegen Semenov. Die japanische Botschaft in London teilt mit, daß infolge des Widerstandes der japanischen Militärbehörden in Wladivostok gegen die Landung des Generals Semenov dieser Wladivostok verlassen und sich nach Nikolai begeben hat.

Der stärkste Hecht, der in unseren Zeitläuften in Deutschland gefangen wurde, ging am 3. Dezember 1888 ins Netz. Er war 50 Pfund schwer; Berliner Fischmeister sichten ihn im Engelbecken in Berlin. Sachverständige schätzten das Alter des Fisches auf 100 Jahre.

Spiritistische Medien als wissenschaftliche „Kontrollmädchen“. Der Spiritismus ist heute Modesache oder wie seine Gegner behaupten, Modesache geworden. Leute, die zu einer Beurteilung seiner Probleme weder vorgebildet noch befähigt sind, geben sich ihm mit „Uebergangung“ hin, lassen Geister erscheinen, Tische galoppieren, gespenstische Blumen und Raufschellen regnen. Die übernatürlichen Kräfte, die zur Hervorbringung der Phänomene erforderlich sein sollen, befinden sich im Besitz sogenannter „Medien“, die ihre Arbeit teils als Amateure, teils beruflich und gewerbsmäßig verrichten. Der Gewerbebetrieb pflegt recht einträglich zu sein.

Die Wissenschaft lehnt den Spiritismus, wie er dem großen Laienpublikum produziert zu werden pflegt, größtenteils ab. Aber es gibt doch auch einige Vertreter der jüngsten Gelehrsamkeit, die ihn ernst nehmen. Zu diesen gehört der Münchener Arzt und Psychologe Herr v. Schrenk-Rohring, der vor kurzem ein Buch veröffentlicht hat, in dem er die Materialisationserscheinungen behandelt, die an bestimmte Medien geknüpft sind. Dieses Buch hat zahlreiche Naturforscher zur Nachprüfung anregt und veranlaßt ist schon Prüfungskommissionen zusammengetreten. Eine eigenartige Herausforderung erteilt nun der Giesener Universitätsprofessor Sommer in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ an Schrenk-Rohring. Er geht davon aus, daß die von diesem mitgeteilten Photographien der Medien kein einwandfreies Material bieten, sondern verlangt, daß für eine Registrierung aller Bewegungen des Mediums mit Hilfe objektiver Registrierapparate gesorgt wird. Die photographische Methode muß durch eine Registrierung der Ausbruchs- und Willkürbewegungen, auch der Kopf-, Mund- und Kinnbewegungen ergänzt werden. „Um diese Fragen“, schließt Geheimrat Sommer, „die für die Entwicklung des ganzen geistigen Lebens der Gegenwart von großer Bedeutung sind, zur Entscheidung zu bringen, erbitte ich mich hierdurch, zunächst ein von Dr. v. Schrenk-Rohring vorgelegenes Medium auf Freiprob in meine Klinik aufzunehmen und es in Gegenwart einer nach Vorschlägen von beiden Seiten zusammengeführten Kommission mit der angegebenen Methode zu untersuchen.“

Münchener Reichstagswahl 1921. Vom 31. Juli bis 30. September finden im Prinzregenten-Theater, Nationaltheater und Residenztheater in München Aufführungen bekannter Meisterwerke aus dem Gesamtgebiete der deutschen Oper statt. Deutsche Reichstagswahl bedürfen als Beispielbesucher der Einnahmeregierung nach Bayern nicht.

Gründerfahrungen der Woche. Sonabend: Neues Volkstheater: „Die Falschbahn“. — Montag: Sozialpartei-Theater: „Der Kampf der Falschbahn“. — Dienstag und Sonntag: „Die Falschbahn“. — Donnerstag: „Die Falschbahn“.

Wahrhaft gute Menschen.

Märchen aus unseren Tagen.

Es war einmal ein Mann, der lebte die Jahre 1914—1919 schlicht und recht dahin. Er kaufte sich nie ein Stüchlein Schleichhandelsware. Er nährte sich nur von seiner Marktenration. Davon wurde er im Laufe der Jahre dermaßen dick, daß er gezwungen war, eine Entfettungskur durchzumachen. Bei allerstrengster Diät gelang es ihm schließlich, wieder auf die normale Körperbeschaffenheit zu kommen. Um nicht wieder die übertriebene Dicke zu erreichen, verteilte er das ganze Jahr 1920 seine ihm zustehenden Marken unter die armen Leute. Er starb, als 1921 das Marktenwesen aufgehoben wurde. Das marktenlose Zeitalter vertrieb sein Gemüt nicht mehr.

Es war einmal ein Paar, das sich so lieb hatte, daß es zu heiraten beabsichtigte. Beide hatten aber keinen Pfennig Geld. Da kam ein guter Freund und ließ ihnen, was sie brauchten. Sie gingen hin und kauften sich eine schöne Möbelausstattung in einem Geschäft, das die Preise der Zeit angepaßt hatte. Weil sie so arm waren, erließen sie die Möbelausstattung zum Friedenspreise von der Möbelfirma, und ein Hauswirt fand sich, der sie zum Friedenspreise wohnen ließ. Alle rührte die große, echte Liebe der beiden.

Es war einmal eine Kriegsgesellschaft. Die bestand trotz des längst vorübergegangenen Krieges noch weiter. Aber die Mitglieder dieser Gesellschaft sahen nicht in schweren Klubjahren wie andere und sie rauchten auch keine dicken Zigarren. Sie arbeiteten von früh 8 Uhr bis abends um 7 Uhr und leisteten in dieser Zeit erstaunliches zum Wohle des gesamten Volkes. Sie sind jetzt entschlossen, ihre Tätigkeit bis zum nächsten Weltkrieg fortzusetzen.

Es war einmal ein Hauswirt. Das war ein harthärtiger Mann. Mit finsternem Gesicht ging er in den lauchenden Friedenszeiten in seinem Hause umher. Er nörgelte immer mit den Hausbewohnern, ließ nichts ausbessern und feigerte andauernd und mit Bosheit die Mieter. Als der große Krieg kam, änderte sich sein Wesen. Er feigerte die Mietsen nicht mehr. Und in der Zeit der höchsten Miet- und Wohnungsnot ließ er sein Haus von unten bis oben ausbessern, um den Mietern Bequemlichkeit zu bieten und Arbeit für die notleidenden Handwerker zu schaffen.

Es war einmal eine Frau. Die besah einen sehr guten Mann und vertrat sich sehr gut mit ihm. Wie zankten sie sich. Wie waren sie verschiedener Meinung. Nur, wenn es sich um Anschaffungen handelte, gab es einigen Streit. Der Mann mußte seine Frau förmlich beschwören, einen neuen Hut zu kaufen. Sie selbst kaufte sonst nie einen. Sie sah auch nie Schokolade und machte nie Krach mit anderen Frauen im Hause. Sie kam mit sehr wenig Wirkstoffsgeld aus und brachte immer das Beste auf den Tisch. Auch ging sie nie ins Kino. Und wenn sie jemals gelebt haben sollte, dann lebt sie nicht mehr noch heute.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitslosenziffern deutscher Großstädte.

Nach den Feststellungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hatten die folgenden Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern am 14. Mai folgende Arbeitslosenziffern aufzuweisen: Bremen 716, Breslau 7418, Chemnitz 3669, Dortmund 53, Dresden 10 085, Düsseldorf 1079, Essen 315, Frankfurt a. M. 2679, Hamburg 21 573, Hannover 2637, Köln 2167, Königsberg 4778, Leipzig 12 220, Magdeburg 3298, Mannheim 1024, München 10 216, Nürnberg 2524, Stuttgart 1887, Ulm 2808, insgesamt 80 238 Arbeitslose. Ohne die Zahlen der Kurzarbeiter ist das Bild unvollständig.

Für den Anschluß an den A.G.B.

Der am 5. Juni 1921 stattgefundene Bezirkstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in den Germaniasälen beschäftigte sich mit der endgültigen Aufgabe der sogenannten Neutralität. Die Delegierten des Berliner Bezirksvereins waren in der überproportionalen Mehrheit für ein Zustandekommen einer freien Gewerkschaft. Der Referent Verbandssekretär Benz hatte es sich aber zur Aufgabe gemacht, die vollständige Gründung der Reichspostgewerkschaft — ein Gebilde von der Art des „politisch neutralen“ Beamtendundes — als die gebenedete Körperschaft anzusehen, in der der freigewerkschaftliche Gedanke „gepflegt“ werden soll. Trotz aller Versuche glückte es dem Referenten nicht, die Berliner Kollegen für diese Ansicht zu gewinnen. Im Gegenteil, die Diskussionsredner waren für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, was dann auch durch eine dementsprechende Entscheidung von den Anwesenden bekräftigt wurde. Mit Unterstützung des Bezirksvorstandes gelang es aber dem Referenten, auch eine Entscheidung in seinem Sinne ebenfalls zur Annahme zu bringen. Die dadurch hervorgerufene, zweideutige Situation wird den Berliner Kollegen auf dem Verbandstag im September 1921 erst genauer bekannt werden, wenn der Anschluß an die Reichspostgewerkschaft im Sinne Benz vollzogen ist! Der Berliner Bezirksvorstand hat durch diese Resolution seine Unfähigkeit als Verfechter einer freigewerkschaftlichen Richtung erweisen.

Die Berliner Kollegen haben die Pflicht, in den kommenden Gruppenversammlungen gegen die Haltung des Vorstandes Stellung zu nehmen und mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß dem Willen der Mehrheit Rechnung getragen wird, eventuell durch Neuwahl des Bezirksvorstandes noch vor dem Verbandstag.

Lohnbewegung in der Eisenindustrie.

Die in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Freitag in einer Versammlung zu der Frage Stellung, ob eine Kündigung der bevorstehenden Löhne stattfinden solle. Nachdem Kruse und Brunzel die Aussprache einleitet hatten, erklärten sich alle folgenden Redner dafür, eine gleichmäßige Lohnerhöhung von 50 Pfg. vollständig für sämtliche beteiligten Arbeiterkräfte zu fordern. Ferner wurden für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag zum Lohn verlangt. Beide Forderungen wurden bei der Abstimmung einstimmig angenommen. Die Erhöhungen sollen ab 1. Juli bezahlt werden. Die Versammelten wurden aufgefordert, diesen Beschluß in ihren Betrieben bekanntzumachen. Mit der Mahnung, treu zur Organisation zu halten und dafür zu wirken, daß alle noch nicht organisierten Kollegen der Organisation beitreten, um an der Verbesserung ihrer Lage selbst mitzuarbeiten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Abgelehnter Schiedspruch im chemischen Großhandel.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Berliner chemischen und Mineralgroßhandels hatten am Freitagabend eine vom Transportarbeiterverband einberufene Branchenversammlung. Den Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung gab Buchmann. Der vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Reifferscheid gestellte, jetzt im Wortlaut vorliegende Schiedspruch geht dahin: Das am 11. Dezember 1920 zwischen dem Arbeitgeberverband des Groß-Berliner Großhandels (Gruppe Chemie) und dem Deutschen Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-

Berlin) getroffene Gehaltsabkommen ist bis zum 31. August 1921 verlängert und kann erstmals Ende Juli gekündigt werden. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben bestehen. Die ganz sonderbare Begründung sagt: „Der Schlichtungsausschuß erkennt an, daß die Löhne der Antragsteller nicht besonders hoch sind. Die Entscheidung hängt aber von der Feststellung ab, ob sich die Löhne auf der mittleren Lohnlinie des Großhandels bewegen. Die mittlere Linie ist nicht nur in den dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels angeschlossenen Gruppen, sondern auch im übrigen etwa die gleiche, wie die hier fraglichen Löhne. In Anbetracht ferner, daß auch die wirtschaftliche Lage eine unsichere ist, sieht sich der Schlichtungsausschuß nicht in der Lage, für diese Gruppe eine Lohnerhöhung zu bewilligen, die über die mittlere Linie im Großhandel hinausgeht.“

Dieser Schiedspruch ist bereits in einer Zusammenkunft von Delegierten aus den einzelnen Betrieben verworfen worden. Seitdem haben erneute Verhandlungen von Organisation zu Organisation stattgefunden, bei denen jedoch die Arbeitgebervertreter eine generelle Zulage abgelehnt haben. Nur für den Fall, daß unter Anerkennung des Schiedspruchs die Arbeitnehmer bereit seien, den bisherigen Tarif bis zum 1. August weiter laufen zu lassen, wolle der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern anheimstellen, in einzelnen Fällen bei Nachweis der Dringlichkeit, namentlich bei Betriebsstörungen, über den Tarif hinausgehende Zuwendungen zu machen. — Die gestrige Vollversammlung der Branche hatte nun zu entscheiden, was weiter geschehen solle. Nach lebhafter Diskussion wurde gegen vier Stimmen folgendes beschlossen: Wegen des Schiedspruchs und gegen die eigenartige Verhandlungsmethode beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ist beim Reichsarbeitsministerium Beschwerde einzulegen und zu beantragen, daß das Arbeitsministerium ein neues Schiedsgericht zur wirtschaftsfriedlichen Erledigung der Angelegenheit einsetze und seinerseits einen unparteiischen Vorsitzenden ernennen möge. Zur Begründung der Beschwerde ist darauf hinzuweisen, daß der unparteiliche Vorsitzende nicht verfehlt hat, die Verhandlungsparteien einander näherzubringen und daß vom Schlichtungsausschuß kein Einigungsvorschlag gemacht worden ist.

Streik der Harz-Eisenbahner. Der pelamite Betrieb der Harz-Querbahn Nordhausen-Bernigrode, der auch die Brockenbahn umfaßt, ist seit gestern eingestellt. Das Personal hat wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Streikbewegung im Elbth. In den Druckereien der oberelbischen Verlagsanstalt in Schkeetitz, Colmar, Mißhausen, Thann und St. Lubwig ist von den Gehilfen das Arbeitsverhältnis auf heute gekündigt worden. Als Grund dieser Kündigung machen sie grübeliche Verlegungen des Tarifes in mehreren Fällen geltend. Falls keine Einigung zustande kommt, wird der Streik am Montag beginnen. — Die in den Betrieben der Metallindustrie wegen der von den Unternehmern angeordneten Lohnherabsetzung vorgenommene Abstimmung zählte 5083 Stimmen gegen die Annahme, bei 69 Stimmen dafür.

Zum englischen Grubenarbeiterstreik. Die Delegierten der englischen Bergleute haben beschlossen, die neuen Vorschläge der Bergwerksbesitzer den Bergleuten zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Abstimmung ist am 15. Juni; ihr Ergebnis wird am 17. Juni bekanntgegeben. Verschiedentlich wird die Annahme der Vorschläge bezweifelt, was nun abzuwarten ist.

Das Ende des blauen Montags in Belgien beschlossen. Das nationale Kohlenarbeiterkomitee hat beschlossen, den sogenannten blauen Montag, an dem in den Bergwerken nicht gearbeitet wird, abzuschaffen. — Die Absicht der Bergarbeiter, am Montag in einen Sympathiestreik zugunsten der englischen Bergarbeiter einzutreten, wurde aufgegeben, da der Kampf in England sich seinem Ende nähert.

Der Beamtenstreik in Italien ist angeblich infolge der feindlichen Haltung der Bevölkerung und — wie hinzugefügt wird — der energischen Maßnahmen der Regierung im Abflauen begriffen, so daß er sich noch auf wenige Provinzen beschränkt. Die eigentliche Obstruktion werde nur in den großen Post- und Telegraphenämtern sowie in den Verwaltungen von Rom, Mailand und Venedig und nur wenig anderwärts getrieben. Sonst sei der Dienst fast überall normal.

Soziales.

Krüppelschuß.

Im „Braunschweiger Volksfreund“ nimmt Kurt Nibel zu der Frage „Krüppelschuß und Krüppelfürsorge“ Stellung. Treffend schildert er an einem Beispiel die Fürsorge- und Versorgungsunterschiede der einzelnen Beschädigtenkategorien. Es heißt da:

„Nach dem neuen Versorgungsgebot von 1920 erhält ein um 70 Proz. erwerbsbeschränkter Kriegerbeschädigter der Drittklasse Braunschweig nebst der Kinderzulage an monatlichen Bezügen 266,25 Mk., und je nach Wert des eingetragenen Berufes 66,56 Mk. bis 133,13 Mk. monatliche Ausgleichszulage; ein Altersrentner oder ein Arbeitsunfähiger erhält nach der Erhöhung von 1921 monatlich nur 81—95 Mk., der Kriegerkrüppel, auch wenn er völlig erwerbsunfähig ist, — nichts.“

Diesen zerfahrenen Verhältnissen gegenüber stellt Nibel folgende Grundforderungen auf: Die Anwendung der Fürsorge muß unabhängig werden von der Entstehungsurache des Fürsorgebedürfnisses. Die Krüppel- und Blindenfürsorge, wie auch die Invaliden- und Altershilfe müssen heraus aus der demütigenden und ganz unangemessenen Behandlung durch die Armenverwaltung. Eine das ganze Reich umfassende Wohlfahrtsanstalt muß Träger der Krüppelfürsorge werden, deren Kosten durch Zuschläge zu den Einkommensteuern, oder durch Versicherungsbeiträge der Gemeinden, zu denen staatliche Zuschüsse kämen, aufgebracht würden. — Die Wohlfahrtsanstalt muß unter geistlich festgelegter Mitarbeit von Krüppeln und Blinden geleitet werden. Die Erwerbsmöglichkeit muß von Grund auf gestärkt und erhöht werden. Dauerausgleichsrenten würden nur denen zugute sein, deren Erwerbsfähigkeit nicht vollständig herzustellen ginge. — Mit größter Sorgfalt müßte eine Produktivorganisation geschaffen und ausgestaltet werden, die leichter und schwerer Behinderte zusammenfaßt. Jede Möglichkeit müßte genutzt werden, den Krüppeln Arbeit zu verschaffen. Blinde und körperlich Schwerbehinderte müßten in Wohngemeinschaften zusammengefaßt werden und auch ihnen bei ihrer Entwicklung in Erziehung und Ausbildung alle Vorteile geboten werden, die geeignet sind, ihre restlichen Fähigkeiten zur höchsten Stufe der Entwicklung zu bringen.

Die Unfallversicherung.

Der Unfallversicherung des Reiches unterliegen nach einer neuen amtlichen Zusammenstellung fast 26 Millionen Personen. Davon kommen auf die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften 8 1/2 Millionen, auf die 49 land- und forstwirtschaftlichen 16 Millionen, die Behörden 1 1/2 Millionen. Die Zahl der Vollarbeiter ist nicht ganz so groß. Zur Durchführung der Versicherung bestehen 68 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 14 Zweiganstalten, 49 land- und forstwirtschaftliche, 191 staatliche und 380 Ausführungsbehörden. Die Genossenschaften beschäftigen 35 456 Personen. Davon sind 23 285 Vertrauensmänner und 5026 Verwaltungsbeamte. Die Ausgaben der Genossenschaften betragen 1919 insgesamt 295 Millionen, deren Einnahmen 345 1/2 Millionen, ihr Vermögen 735 Millionen. An Entschädigungen zahlten sie 187 1/2 Millionen, an Verwaltungskosten 57 1/2 Millionen, für die Unfallversicherung etwas über 4 Millionen. Die Behörden bezahlten an Entschädigungen 20 Millionen, die Zweiganstalten 3 1/2 Millionen. Die Gesamtsumme der Entschädigungen belief sich auf 209 Millionen gegen 192 ein Jahr vorher. Unfälle gab es 103 824, davon 10 198 tödliche. Gemeldet wurden insgesamt 575 475 Unfälle.

Der erste Deutsche Gesundheitsfürsorgetag findet am 23. Juni in der Berliner Medizinischen Fakultät der Charité statt. Ueber Gesundheitsunter — eine Forderung der Zeit spricht Professor Grotzahn, der soziale Hygieniker der Universität.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Grotzahn, Berlin. Verlag: Vordruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vordruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Anzeigens. 2. Platz 1. Seite.

Konsum-Produktio-n. Sparverein Zehlendorf und Umgebung
 e. G. m. b. H.
 Sonntag, den 19. Juni 1921, nahen 5 Uhr, findet im Hotel von Grotzahn in Zehlendorf, Raststraße 11, eine **Halbmonatliche Generalversammlung** statt.
 Tagesordnung:
 1) Bericht über die Verrechnung mit der Konsumgenossenschaft Berlin und Umg. e. G. m. b. H.;
 2) über die Produktion;
 3) über die Beschäftigung und Wahi der Mitglieder.
 Dr. V. Valentin, Vorsitzender. Ihre Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Kinderwagen
 Metallbettstellen, Polsterwaren, Steppdecken zu äußerst billigen Preisen verkauft
Schäfer, Neukölln, Hermannstr. 33.
 Lad. 125Bz
 Vertreter dieser Annonce 5 Proz. Rabatt.

Zähne 4
 Feilzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 Mk. Plomb 3.—, Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos und Umarb. schmerzlos. Gebisse, Rep. sof. Potsdamer Str. 11, Hochb. Sprechz. 6-7.

Ausbau der Kinderfürsorge
 durch die Gemeinde von **Dr. Selma Schöler-Auwack**
 Eine notwendige Schritt für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
 PREIS 2,75 MK.
 Buchbdlg. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Ruhebetten 200 Mk.
 gute Federbett. im Papierbezug.
Girard, Neukölln, Hingensgrabenstraße 2
 Tel.: Hingensgraben 1288

Bettwäsche
 Deckbett 62 75. Klassen 16.—, Damenhemd 24.—, Handtücher, Männerhemden, Schürzen billig. Inserat ausschneid. vergüte 6 Proz.
Eckebrecht Heide 93

Parzellen
 in Eggenbriet, 15 Minuten vom Bahnhof Grunberg entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co. Berlin, Berolstr. 11. Ruft. 2963

Metall-Bettstellen
 Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten, sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinderwagen werden schnellstens ausgeführt
Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33
 Bitte Hausnummer beachten!

Werden Umsatz seines steigern und den Kundenkreis erheblich erweitern will, bedient sich des **VORWARTS** mit bestem Erfolg!

Wanzen und Brut
 vertilgt restlos nur Kammerjäger **Berg's Nicodan**. Erfolg verbürgend. Kinderl. anzuw. Dankachr. v. überall Beste Zeit zur Brutverrichtung. Doppelpackung 7 Mk. Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern **A. Wertheim**, sonst portofrei: von **Hermann A. Groschel**, Berlin 315, Königgrätzer Straße 48.

Wer jetzt kauft kauft billig!
 Es ist mir gelungen, große Posten **Möbel** aus erstklassigen Fabriken zu außerordentlich billigen Preisen zu kaufen und offeriere selbige vorrat reich!

Speisezimmer eich. kompl. R. 2900 an
Schlafzimmer eich. kompl. mit 2 St. Matratz R. 3750 an
Hertzimmer eich. 160 cm breiter Schrank, kompliert, mit 2 St. Ederbetten R. 4650 an
Küchen modern lackiert, mit 2 St. R. 350 an
Neugebauer
 Charlottenburg
 Wilmersdorfer Str. 126, 1
 6te Schillerstr. Rein Caber.

Die diese Fragen ob alle anderen über die Lebenserhaltung und Gesundheit, sowie über die zweckmäßigste Lösung unserer Dank hier beantwortet bei **Hausier-Brehm**
 das neue, illustrierte Buch von Th. Zell, „Alles über die Tiere“ hat die Tiere verstehen und leben leicht und den Tierliebhaber Nutzen bringt.
 Preis Dr. R. 20.—, geb. R. 25.—
Buchhandlung Vordruck
 Berlin SW 65, Ankerstr. 2

Schmerzlose Zahnbehandlung

Zahnpraxis Mählau
 Wilhelmstraße 20
 Berl. Hedemannstr. 6
 Sprechstunden 9-1
 Sonntag 9-1 Uhr.

Haben Sie Zahnlücken? So verdammt Sie nicht unieren schmerzhaften bei totenlos einzuhaken. Sie haben es nicht nötig, eine veraltete Methode und wenn appetitliche Kostschonfolge zu tragen, welche Schwere und Sprache beeinträchtigt; und außerdem mit Ihren Klammern die eigenen Zähne beschädigt. — Die in unserer Spezialorganisation bereiteten Goldkrone, welche in Form von natürlichen Zähnen herzustellen werden, das Sie von Natur aus nicht zu unterscheiden sind. Die Krone der Zahnlücken wird in harter Gold- bzw. Goldbronze konstruiert, wodurch die Zahnlücken den härtesten Nahrungsmitteln ausstehen. Das Ganze wird dann durch ein Goldtrögen an die eigenen Zähne befestigt. Diese Goldtrögen können außerdem die eigenen Zähne, da sie dieselben völlig einschließen und somit Schmutz nicht aufnehmen lassen. Von uns hergestellte Krone bleiben unverändert und fest im Munde.

Wir bieten Ihnen nun diesen wunderbaren Zahnerfolg zu einem noch nie dagewesenen billigen Preise an. Erkundigen Sie sich zuvor nach den überall üblichen Preisen und urteilen Sie selbst über unsere Leistungsfähigkeit.

Goldkrone (Nulatengold) mit extrastarker Kaufläche M. 130.—
Zahnbrücken (ohne Platte), Konstruktion Nulatengold . . . pro Zahn M. 130.—
Zahnbrücken (ohne Platte), Konstruktion Edelbronze . . . pro Zahn M. 65.—

Alle dazu nötigen Behandlungen sind im Preise inbegriffen. Zähne mit Kautschukplattierung einschließlich aller Zutaten pro Zahn 6.—, 16.—, 20.—.

Zahnpraxis Mählau
 Wilhelmstraße 20
 Eingang
 Berl. Hedemannstr. 6
 Sprechstunden 9-1
 Sonntag 9-1 Uhr.